

## **Sorge und Solidarität ins Zentrum – Care Revolution als Perspektive**

*Gabriele Winker*

Menschen stehen heute vor der schwierigen Aufgabe, den Balanceakt zwischen Erwerbsarbeit einerseits und unentlohnter Sorgearbeit für sich und andere andererseits individuell zu meistern. Sie leben mit dem dauernden Gefühl, den Anforderungen nicht gerecht zu werden. Sie sind in ihrer Erwerbsarbeit mit zunehmenden Flexibilitätsansprüchen der Unternehmen, kontinuierlich steigendem Leistungsdruck, Arbeitszeitverlängerung sowie prekären Beschäftigungsverhältnissen konfrontiert. Gemäß dem neoliberalen Credo der Eigenverantwortung sind sie aufgerufen, diese beruflichen Anforderungen mit den zunehmenden Aufgaben der Selbstorganisation und den gestiegenen Leistungsansprüchen bei der alltäglich in den Familien anfallenden Sorgearbeit zu vereinbaren.

Im Folgenden skizziere ich zunächst, warum gerade derzeit im neoliberalen Kapitalismus viele Menschen alltäglich mit Stresssituationen und Überlastung sowie mit Existenznot konfrontiert sind. Danach stelle ich das Konzept der Care Revolution als Transformationsstrategie hin zu einer solidarischen Gesellschaft dar.

### **Zeitnot und Existenzunsicherheit bei Sorgearbeitenden**

Seit den 1980er Jahren verliert das „Ernährer“-Modell, wonach die meist männlichen Erwerbstätigen das Einkommen der Familien mit dem sogenannten Familienlohn verdienen und typischerweise nicht erwerbstätige oder teilzeitbeschäftigte Ehefrauen alle anfallenden familiären Sorgearbeiten übernehmen, auch in der BRD an Bedeutung. Diese Entwicklung hat primär mit den hohen Kosten dieses Modells zu tun, wird aber auch durch die Emanzipationsbestrebungen von Frauen unterstützt. Es kommt zu einem Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit, die derzeit bei knapp 73% liegt. So gewinnt das „adult worker model“ an Bedeutung. In dessen Zentrum steht, dass alle erwerbsfähigen Personen – unabhängig von Familienstatus und Anzahl der zu betreuenden Kinder und Angehörigen – durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft eigenverantwortlich für ihren Lebensunterhalt aufzukommen haben.

Gleichzeitig bleiben jedoch die Sorgeaufgaben, die primär im familiären Kontext entstehen, vielfältig und umfangreich. Nach Daten der letzten Zeitverwendungsstudie des Statistischen Bundesamts überstieg der Umfang der unentlohnten Sorgearbeit in Familien und im Ehrenamt bei Personen ab 18 Jahren in Deutschland im Jahre 2012/2013 mit 24,5 Stunden pro Woche im Durchschnitt deutlich die durchschnittlich 20,5 Wochenstunden Erwerbsarbeit und wird weit überproportional von Frauen erbracht. Wegen der nicht gesicherten Ganztagesbetreuung von Kindern ist es die Aufgabe der Eltern, primär der Mütter, mobil und flexibel für das Mittagessen oder Fahrdienste zu Sport- oder Musikaktivitäten zur Verfügung zu stehen. Aufgabe der Eltern ist es sicherzustellen, dass die zukünftige Arbeitskraft bereits in frühen Jahren vielfältige Kompetenzen erwirbt, sich gesund entwickelt und daran gewöhnt wird, Leistung zu bringen. Ähnliche Anforderungen erzeugen die Verhältnisse im schulischen Bildungsbereich. Die Lernprozesse von Kindern werden in überfüllten Klassen mit überforderten Lehrpersonen nicht genügend unterstützt, und Familien werden zu Nachhilfebetrieben. Sorgearbeitende benötigen ein ausgeklügeltes System des Zeitmanagements, um die vielfältigen Aufgaben überhaupt bewerkstelligen zu können; nicht selten scheitert ein solch prekäres System.

Es nehmen allerdings nicht nur die Aufgaben im Bereich der Kindererziehung und Kinderbetreuung zu, sondern auch die Anforderungen im Zusammenhang mit der Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger. Aufgrund demografischer Entwicklungen erhöht sich die Zahl der Pflegebedürftigen mit einem anerkannten Pflegegrad auf inzwischen über 4 Millionen. 20 Prozent aller Pflegebedürftigen sind stationär in einem Heim untergebracht. 80 Prozent werden zu Hause versorgt, von diesen wiederum 70 Prozent in der Regel allein durch Angehörige, bei 30 Prozent werden die Haushalte

durch einen ambulanten Pflegedienst unterstützt. Ferner wird auch die Selbstsorge immer aufwändiger, da es die eigene Qualifikation fortwährend zu verbessern gilt. Gleichzeitig muss erlernt werden, mit permanenter Überforderung und Gesundheitsrisiken so umzugehen, dass die Arbeitsfähigkeit erhalten bleibt

Dazu kommt, dass die Familienpolitik in einer solchen Situation nicht gezielt die familiäre Sorgearbeit unterstützt, sondern sich das Ziel setzt, neben der Erhöhung der Geburtenrate die Frauenerwerbsbeteiligung zu steigern und damit explizit Wachstumsziele zu verfolgen. Frauen und Männer sollen möglichst umfassend erwerbstätig sein und sich gleichzeitig um die nächste Generation kümmern. Unterstützt werden sie nur dann, etwa durch den Ausbau von Kita-Plätzen für Kinder unter drei Jahren, wenn sie ansonsten als Arbeitskräfte ausfallen. Bei der Betreuung pflege- und hilfsbedürftiger älterer Menschen ist die staatliche Unterstützung noch deutlich geringer, werden diese doch im Gegensatz zu Kindern nicht mehr als Arbeitskräfte benötigt.

So stehen Menschen, insbesondere Frauen, mit umfangreichen Sorgeaufgaben für Kinder und pflegebedürftige Angehörige vor dem nicht befriedigend zu lösenden Problem, wie sie im Alltag den unterschiedlichen Anforderungen aus Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit gerecht werden sollen: Sorgen sie heute für sich und andere, gefährden sie ihren eigenen derzeitigen und auch zukünftigen Lebensunterhalt. Geben sie der finanziellen Existenzsicherung Vorrang, kommen die Sorge für andere und die Selbstsorge zu kurz, was ebenfalls zu großen, nicht zuletzt gesundheitlichen Problemen in der Zukunft führen kann.

### **Care Revolution als Transformationsstrategie**

Nicht erst seit der Corona-Pandemie nehmen allerdings immer mehr Menschen die Unfähigkeit des Gesellschaftssystems, hinreichende Rahmenbedingungen für die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse bereitzustellen, deutlich wahr. Eine wachsende Zahl von familiär Sorgearbeitenden, aber auch von Care-Beschäftigten in Gesundheit und Pflege, Bildung und Erziehung will diesen Zustand nicht mehr hinnehmen. So haben sich in der BRD mehr als 80 Initiativen und Einzelpersonen zu einem Netzwerk Care Revolution zusammengefunden (vgl. [www.care-revolution.org](http://www.care-revolution.org)). Sie beziehen sich in ihren politischen Aktionen aufeinander und führen seit sieben Jahren auch gemeinsame Aktivitäten durch. In diesem Sinn hat im Oktober 2020 das Netzwerk Care Revolution auch die bundesweite Kampagne „Platz für Sorge“ initiiert, für die am diesjährigen 8. März und 1. Mai Menschen in über zehn Städten aktiv waren.

Care Revolution ist eine politische Transformationsstrategie, die anknüpfend an die Erkenntnisse feministischer Politik die grundlegende Bedeutung der Sorgearbeit ins Zentrum stellt und darauf abzielt, das gesellschaftliche Zusammenleben ausgehend von menschlichen Bedürfnissen zu gestalten. Damit wird Sorgearbeit, die in den meisten politischen Strategien ebenso wie in den vorherrschenden ökonomischen Theorien keine Rolle spielt, als Bezugspunkt der Gesellschaftsveränderung gewählt. Mit der Care Revolution ist also ein grundlegender Perspektivenwechsel verbunden. Es geht um nicht weniger als die Herausforderung, nicht weiter die Profitmaximierung, sondern stattdessen die Verwirklichung menschlicher Bedürfnisse ins Zentrum gesellschaftlichen und damit auch ökonomischen Handelns zu stellen.

Hierfür wird der Aufbau einer solidarischen Care-Ökonomie angestrebt, in der ökonomische Entscheidungen direkt an menschlichen Bedürfnissen ausgerichtet sind. Hierzu gehören nicht nur solidarisch geführte Care-Einrichtungen. Zur solidarischen Care-Ökonomie gehören auch alle weiteren notwendigen Bereiche wie Landwirtschaft, Wohnungsbau, Mobilität, Energieversorgung, sofern sie entsprechend der planetaren Grenzen ebenfalls direkt an menschlichen Bedürfnissen orientiert gestaltet werden. Zur Realisierung auch der kleinsten Schritte in diese Richtung bedarf es einer gesellschaftlichen Mobilisierung, eines Zusammenschlusses Aktiver über Care-Bereiche und über Positionen im Sorgeverhältnis hinweg.

### **Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit**

Um diese solidarische Care-Ökonomie zu erreichen und dabei auch bereits die Tür zu einer solidarischen Gesellschaft zu öffnen, sehe ich vier politische Ansatzpunkte: Ich beginne mit dem Ziel, die Erwerbsarbeit zurückzudrängen. Menschen benötigen deutlich mehr verfügbare Zeit, als gegenwärtig beispielsweise vollzeit-berufstätigen Eltern mit Kindern zur Verfügung steht. Deswegen ist eine deutliche Reduktion der Vollzeit-Erwerbsarbeit auf zunächst 30 Stunden pro Woche für alle unabdingbar, damit sich auch alle an der unentlohnten Sorgearbeit beteiligen können. Alle erwerbsfähigen Personen haben dann höchstens eine kurze Vollzeit mit aus Sicht der Beschäftigten steuerbaren flexiblen Langzeitkonten, so dass auch die individuelle Zeitsouveränität steigt.

Grundlegend ist, dass diese Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit mit einem Lohnausgleich für schlechter verdienende Beschäftigtengruppen einhergeht sowie ohne Erhöhung der Arbeitsintensität verwirklicht wird. Damit verringert sich das gesamte Volumen der Erwerbsarbeit und die Gesellschaft ist gezwungen, eine Debatte über den Stellenwert einzelner Wirtschaftsbereiche zu führen: Die Produktion welcher Güter soll abgebaut werden und in welchem Umfang sollen gleichzeitig beispielsweise das Gesundheits- und Bildungswesen ausgebaut werden? Eine solche Reflexion und Umsetzung ökonomischer Schwerpunktsetzungen können einen großen Beitrag dazu leisten, die Erderwärmung tatsächlich auf 1,5 Grad zu begrenzen. Denn im Bereich personennaher Dienstleistungen sind Treibhausgas-Emissionen deutlich geringer als im Bereich der Güterproduktion.

### ***Aufbau einer solidarischen Unterstützungsstruktur***

Schon parallel zu diesem Zurückdrängen der Erwerbsarbeit ist es zweitens wichtig, eine existenzielle individuelle und kollektive Absicherung für alle als Grundvoraussetzung für gelingende Sorgebeziehungen durchzusetzen. Eine Möglichkeit der grundlegenden individuellen Absicherung ist das Bedingungslose Grundeinkommen.

Um die kollektive Absicherung zu realisieren, ist es wichtig, die öffentliche soziale Infrastruktur auszubauen, sie gebührenfrei zu gestalten und ihre Qualität durch Einstellung von mehr Fachpersonal zu steigern. Selbstverständlich ist es gleichzeitig wichtig, die Arbeitsbedingungen und die Verdienstmöglichkeiten der meist weiblichen Care-Beschäftigten deutlich zu verbessern. Letzteres gilt auch für die häufig migrantischen Beschäftigten in den Privathaushalten.

Mit dem Ausbau der sozialen Infrastruktur lässt sich der Care-Bereich gegenüber der Güterproduktion sowie den produktionsnahen Dienstleistungen und Finanzdienstleistungen deutlich stärken. Dies unterstützt nicht nur Menschen in ihren Sorgebeziehungen, sondern auch hier wird wieder deutlich, dass mit dem Ausbau der Care-Bereiche die rasch voranschreitende Erderwärmung gebremst werden kann.

### ***Entwicklung demokratischer Beteiligungsformen***

Den erforderlichen Ausbau öffentlicher Infrastruktur für die gesamte solidarische Care-Ökonomie gilt es drittens demokratisch zu gestalten. Notwendig sind Runde Tische und Care- oder Energie-Räte sowie Volksbegehren und Abstimmungen. Dies erfordert umfassende Mitbestimmungsrechte nicht nur für Beschäftigte, sondern auch für die jeweiligen Nutzer\*innen

Voraussetzung einer solchen Demokratisierung ist es, den bisher vorherrschenden Trend zu Privatisierungen zu stoppen und gleichzeitig die Vergesellschaftung all derjenigen Institutionen und Unternehmen voranzutreiben, die keine umfassende Mitsprache der Nutzer\*innen und der Beschäftigten erlauben. Dies gilt für Wohlfahrtsverbände und Privatunternehmen, die Pflegeheime oder Krankenhäuser betreiben, ebenso wie für Energie- oder Mobilitätskonzerne.

### ***Unterstützung vielfältiger Lebensentwürfe***

Für den Aufbau einer solidarischen Care-Ökonomie sind viertens auch Gemeinschaftsprojekte bzw. Commons im Stadtteil oder auf dem Dorf, die heute bereits neue Wege ausprobieren, enorm wichtig; sie sollten deswegen durch staatliche finanzielle Mittel unterstützt werden. Ich denke dabei an Nachbarschaftszentren, Mehrgenerationenhäuser, aber auch an Betriebe wie Polikliniken oder

Betriebe der solidarischen Landwirtschaft. Diese Projekte machen bereits heute wichtige Erfahrungen mit vergemeinschaftetem Besitz und organisieren ihre Entscheidungsprozesse kollektiv.

Teilweise wird dort das Einkommen gleichmäßig oder aber auch nach Bedarf aufgeteilt, so dass für alle gesorgt ist. Häufig nutzen diese Projekte Gebrauchsgegenstände gemeinsam, womit sich ökologisch sinnvoll die Güterproduktion reduzieren lässt. Dies sind Leuchttürme, die schon ein wenig auf die Zukunft hinweisen, sich stark an ökologischen Zielen orientieren und auch Lebensweisen jenseits der Kleinfamilie attraktiv erscheinen lassen.

### **Solidarische Gesellschaft**

Mit den bisher umrissenen Schritten einer Care Revolution lässt sich zunächst eine solidarische Care-Ökonomie auch innerhalb noch bestehender kapitalistischer Strukturen aufbauen. Damit ist aber nach wie vor die Trennung zwischen entlohnter und unentlohnter Arbeit nicht aufgehoben und so werden wir es auch in einer solidarischen Care-Ökonomie mit der Abwertung familiärer und ehrenamtlicher Arbeit zu tun haben und damit auch mit unterschiedlichen Formen von Diskriminierung.

Um dies zu durchbrechen, muss letztlich die für den Kapitalismus funktionale Sphärentrennung zwischen entlohnter und nicht entlohnter Arbeit aufgehoben werden. Das bedeutet nicht, dass jetzt auch noch alle bisher unentlohnte Sorgearbeit entlohnt werden und damit auch dieser Bereich der Leistungskontrolle unterworfen werden soll. Vielmehr geht es darum, die Lohnarbeit zu überwinden und Arbeit in ihrer unentlohnten, direkt auf die Befriedigung von Bedürfnissen gerichteten Form zu verallgemeinern. Klar ist: Diese Utopie ist im Kapitalismus nicht zu verwirklichen, da Kapitalverwertung Lohnarbeit voraussetzt. Dafür bedarf es einer solidarischen Gesellschaft, in der es keine entlohnte Arbeit und auch kein Geld mehr geben wird, das bisher als Mittel dient, den Anteil der Einzelnen am gesellschaftlichen Produkt zu beschränken.

In einer solchen solidarischen Gesellschaft haben alle Menschen freien Zugang zu dem, was in arbeitsteiliger Praxis geschaffen wird, und alle tragen gemäß ihren Bedürfnissen zur notwendigen Arbeit bei. Das bedeutet, sie entscheiden selbst über ihren Beitrag. Und über Gespräche, digitale Hinweisgebung oder auch Vorschläge zur Aufteilung anstehender Arbeitsaufgaben werden die Beiträge und die Bedarfe koordiniert. Gesellschaftspolitische Entscheidungen, dazu gehören auch Entscheidungen über den Umgang mit der Natur, werden über Runde Tische vor Ort oder Räte in überregionalen Kontexten abgestimmt. In einer solchen Gesellschaft steht nicht mehr Konkurrenz im Fokus, sondern das zentrale Gestaltungsprinzip ist Solidarität.

Zur Autorin:

Dr. Gabriele Winker ist Sozialwissenschaftlerin und Mitbegründerin des Netzwerks Care Revolution. Sie war bis 2019 Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies an der Technischen Universität Hamburg. 2015 ist ihr Buch „Care Revolution“ erschienen. Im März dieses Jahres hat sie ihr neues Buch mit dem Titel „Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima“ (Transcript Verlag, 15 Euro) vorgelegt. Darin vertieft sie die politisch notwendigen Schritte hin zu einer solidarischen Gesellschaft und verdeutlicht, wie mit einer Care-Perspektive auch die sich dramatisch zuspitzende Klimakatastrophe abgebremst werden kann.